

Über die Dörfer

Eine Berliner Konferenz fordert politischen Einfluss für die Region

All politics is local. Es war der legendäre US-Abgeordnete Tip O'Neill, der als junger Mann vor achtzig Jahren diesen Kernsatz amerikanischer Politik formulierte: Die Basis aller Politik, auch der großen, ist ihre Verankerung vor Ort, dort, wo der Wähler wohnt. Wer dies missachtet, ist zum Misserfolg verdammt. Und umgekehrt bemisst sich die Qualität der demokratischen Lebensordnung daran, wie stark an ihr die Bürger in ihrem persönlichen Umfeld beteiligt sind. In jedem Dorf, in jeder Stadt muss es möglich sein, das Schicksal des Dorfes, der Stadt, der Region und der Nation mitzubestimmen und -zugestalten.

Diesem lobenswerten Grundsatz spricht die Realität in Deutschland Hohn. Die einseitige Verfügung des Bundestages und der Landtage über die Finanzen der Kommunen hat längst zur finanziellen Verelendung der lokalen Ebene geführt, die nach dem Urteil der Experten schlicht verfassungswidrig ist. Immer noch wird die Landesplanung nach dem Konzept der „zentralen Orte“ betrieben, das 1933 der Geograph Walter Christaller ersann. Es ist die Übertragung des Führerprinzips auf die Raumordnung und wurde von den Nazis im besetzten Polen angewandt. Die jüngsten Gebietsreformen in der früheren DDR und die zu Recht so heftig bekämpften Vorschläge für eine weitere Kumulierung der Potentiale auf die Metropolen in Bayern zeigen, dass dieser Ungeist fortlebt, allen Sonntagsphrasen vom hohen Wert der Bürgerbeteiligung und vom Segen der Subsidiarität zum Trotz.

Tatsache ist nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen EU, dass Dörfer und kleine Städte unter dem Druck der zentralistischen Entscheidungsmechanismen und der Globalisierung immer stärker abgedrängt und ihrer Vitalität, ja ihrer Identität beraubt werden. Ihre Bewohner werden faktisch zu Bürgern zweiter Klasse herabgestuft, Versorgungsnetze kollabieren, Häuser stehen leer, die dörfliche Gemeinschaft zerbröckelt.

Der Niedergang wird allerdings nicht klaglos hingenommen. Ohne Aufhebens ist eine lautlose Revolution in Gang gekommen, erst in Skandinavien, den Niederlanden, Britannien und Ostmitteleuropa, jetzt hat sie auch Deutschland erreicht. In 23 Ländern haben sich nationale Dorfbewegungen gegründet, die gegen die Missachtung aufbegehren, als erstes deutsches Bundesland hat Brandenburg sich angeschlossen. Und seit der Internationalen Dorfkonzferenz in Berlin vor einer Woche, veranstaltet vom ERCA-Vorstand und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, rückt auch auf Bundesebene die Gründung eines großen Netzwerks und einer schlagkräftigen Lobbygruppe für den ländlichen Raum in greifbare Nähe.

„Hela Sverige ska leva“ (Ganz Schweden soll leben), so nennt sich die seit 1989 bestehende Bewegung in Schweden, die mittlerweile mehr als 5000 Aktionsgruppen und zahlreiche regionale Netzwerke umfasst. „Sie beleben die Demokratie, sie stärken die Wirtschaft, und sie verbessern die Lebensbedingungen in ganz Schweden“, erklärte in Berlin Staffan Bond, Chefmanager der Organisation.

re Dorfbewegungen gegründet, die gegen die Missachtung aufbegehren, als erstes deutsches Bundesland hat Brandenburg sich angeschlossen. Und seit der Internationalen Dorfkonzferenz in Berlin vor einer Woche, veranstaltet vom ERCA-Vorstand und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, rückt auch auf Bundesebene die Gründung eines großen Netzwerks und einer schlagkräftigen Lobbygruppe für den ländlichen Raum in greifbare Nähe.

„Hela Sverige ska leva“ (Ganz Schweden soll leben), so nennt sich die seit 1989 bestehende Bewegung in Schweden, die mittlerweile mehr als 5000 Aktionsgruppen und zahlreiche regionale Netzwerke umfasst. „Sie beleben die Demokratie, sie stärken die Wirtschaft, und sie verbessern die Lebensbedingungen in ganz Schweden“, erklärte in Berlin Staffan Bond, Chefmanager der Organisation.

Schweden und Finnland haben schon seit den Achtzigern ihre Dorfbewegungen

In Finnland gibt es eine Dorfbewegung schon seit 1982, sie ist intensiv auch mit Projekten befasst, die die EU im Rahmen ihrer Strategie zur Förderung des ländlichen Raums bezuschusst. Inzwischen gibt es vergleichbare Organisationen auch in Estland, Ungarn und der Slowakei, ähnliche in Litauen, Lettland, Kroatien, Slowenien und Polen.

Im Meinungsaustausch schälte sich bei der Berliner Dorfkonzferenz sehr deutlich heraus, was die Erfolgsformel der Mobilisierung ist: das Zusammenwirken von Bürgerinitiativen und Dorfvereinen mit den Kommunalpolitikern und mit den ortsansässigen kleinen und mittleren Unternehmern. Auch Einzelkämpfer sind willkommen, vor allem Frauen und Zugezogene, die sich im neuen Umfeld oft als sogenannte Raumpioniere betätigen. Nicht zu vergessen die „rüstigen Alten“, wie der deutsche Architekt Wolf-Christian Schäfer bemerkte. Er ist Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Lebendige Dörfer in Brandenburg, der ersten Initiative in Deutschland. Die Vereinigung ging aus einer Arbeitsgruppe hervor, die 2004 im Rahmen lokaler Agenda-21-Werkstätten gebildet worden war, und sie verdankt wesentliche Inspirationen dem Soziologen Kurt Krumbach, vormals Professor an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Krumbach war in der DDR der bekannteste Dorfforscher, eine Rolle, die in der Bundesrepublik der Essener Geograph Professor Gerhard Henkel besetzte.

Die Diskussion war „fast ideologiefrei“, wie der mitwirkende CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Georg von der Marwitz erfreut resümierte, ein Landwirt und Dorfbewohner von Jugend auf. Beteiligt waren Experten aus 15 Ländern, darunter Dutzende engagierter Forscher, Planer und Akteure des ländlichen Raumes aus Deutschland, im Ganzen über 200. Der Münsteraner Geographie-Dozent Karl Martin Born will nun der spontan gebildeten – selbstverständlich überparteilichen – Initiativgruppe für eine Deutsche Dorfbewegung als Koordinator und Kontaktperson dienen. Sie soll auch als Lobby des ländlichen Raumes den Politikern aller Ebenen gegenüberreten. Karl Martin Born fasste es in den Satz: „Die Dörfer müssen lauter werden.“

KLAUS BRILL